

Drei Jahre Schwarz-Gelb: Die besondere Bilanz

Die SPD-Landtagsfraktion bot Leidtragenden der konservativ-liberalen Landespolitik ein Forum

VON LOTHAR POLLÄHNE

Seit drei Jahren wird Niedersachsen von einer schwarz-gelben Koalition regiert, die sich zum Jubiläum selbstgefällig abfeiert. Man habe endlich Reformen auf den Weg gebracht, damit das Land nach vorn komme, heißt es nicht nur regierungsamtlich. Ministerpräsident Christian Wulff preist landauf, landab die Qualität der »sozialen Gerechtigkeit«, sein Kultusminister Bernhard Busemann sieht nach der Rolle rückwärts ins dreigliedrige Schulsystem die Bildung auf guten Wegen und Uwe Schünemann, der Herr der Inneren Sicherheit, wähnt die Hüter der Ordnung zufrieden.

»Dass man die Landespolitik auch anders wahrnehmen kann«, so Wolfgang Jüttner, dokumentierte die SPD-Landtagsfraktion mit einer Bilanz der besonderen Art. Betroffene kamen einen Tag vor dem Regierungsjubiläum zu Wort und fanden nur wenige gute Worte für Wulff und Co.

»Man zittert, dass ja nichts kaputt geht«, berichtete die



Machten ihrem Ärger Luft: Betroffene der schwarz-gelben »Reformen«.

Photo: lopo

Telefonistin beim Landesblindendenverband **Brigitte Beschenboßel** mit dem bitteren Zusatz: »Wir werden auf Dauer verarmt«. Seit der Streichung des Landesblindengeldes Anfang 2005 fehlen ihr und ihrem ebenfalls blinden Mann über 800 Euro monatlich. Das macht selbstständiges Leben schwierig, denn viele Dinge, die zur Teilhabe am täglichen Leben gebraucht werden, sind für Blinde nur mit immensen Zusatzkosten zu erstehen. Dafür war das Landesblindengeld als »Lasten-

ausgleich« gedacht. Besonders schlimm ist nach den Erkenntnissen von Brigitte Beschenboßel die Alterserblindung. Viele Menschen müssen in Heimen untergebracht werden, obwohl dies nicht nötig wäre. Die Abschaffung des Landesblindengeldes ist das augenfälligste Beispiel sozialer Schieflage, das schwarz-gelbe »Reformen« ausgelöst haben.

Im Bildungsbereich sind die Reformfolgen nicht weniger gravierend. Anders lautenden Verlautbarungen

zum Trotz liegt die Unterrichtsversorgung in vielen Teilen des Landes bei nur 90 Prozent. Wie die Elternratsvorsitzenden **Frauke Schrupf** aus Goslar und **Torsten Hahn** aus Hannover übereinstimmend mitteilten, gibt es in Mathematik und Naturwissenschaften ein erschreckendes Fehangebot.

Der Kreiselternerat des Landkreises Goslar wollte sich mit dem »gefühlten Empfinden, dass die Kinder immer früher nach Hause kommen« nicht abfinden und führte

Protokoll. 5000 Kinder der fünften bis zehnten Klassen wurden erfasst. Das Ergebnis: Gerade in Gymnasien werden viele Fächer nicht unterrichtet, die Stundenpläne sind nicht erlasskonform.

»Die Stimmung liegt total am Boden. In 33 Dienstjahren habe ich noch nie so eine schlechte Stimmung erlebt«. So lautet das bittere Fazit von **Hartwig Frede**. Der Personalratsvorsitzende der Polizeiinspektion Gifhorn war zwar auch mit den Kürzungsmaßnahmen der SPD-Landesregierung nicht zufrieden, stellte aber einen gravierenden Unterschied fest: Heute sind die Kürzungen brutal. Zusammen genommen haben Polizeibeamte in Niedersachsen in den vergangenen drei Jahren Einbußen von rund 13 Prozent hinnehmen müssen.

Dennoch behauptet Innenminister Schünemann, Niedersachsens Polizei sei rundherum zufrieden. Wie er das festgestellt haben will, ist Hartwig Frede ein Rätsel: »Mit der jetzigen Landesregierung ist keine Kommunikation möglich.« ■

VON WOLFGANG JÜTTNER, VORSITZENDER DER SPD-LANDTAGSFRAKTION

Wir haben gute Chancen, bei der nächsten Landtagswahl wieder stärkste Kraft in Niedersachsen zu werden. Das geht aus einer repräsentativen Umfrage hervor, die das NDR-Fernsehen in Auftrag gegeben hat.

Wenn heute Landtagswahl wäre, würden 37 Prozent der Befragten für die SPD stimmen – das ist deutlich mehr als im Bundesdurchschnitt und entspricht einer Steigerung

Wir holen auf! Gute Ausgangsbasis für Landtagswahl

von acht Prozent gegenüber dem Stand von Februar 2004. Die CDU hingegen verliert im gleichen Zeitraum neun Prozent – liegt in der Wählergunst mit 42 Prozent aber immer noch vorn. Der Vorsprung von Schwarz-Gelb gegenüber Rot-Grün ist trotz schwieriger bundespolitischer Rahmenbedingungen auf sechs Prozent zusammengeschmolzen.

Bei den zentralen Politikbereichen haben die Menschen in Niedersachsen kein Vertrauen in die Landesregierung: Mit der Finanzpolitik von CDU und FDP sind 55 Prozent der Befragten unzufrieden, mit der Schul- und Bildungspolitik 66 und mit den Anstrengungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

gar 83 Prozent. Die SPD hat sich damit von der Wahlniederlage 2003 erholt. Die Zeit, in der sich Christian Wulff in hervorragenden Umfragewerten sonnen konnte, ist endgültig vorbei.

Wir haben die Aufholjagd gestartet – und das merkt auch die Landesregierung. Die beispiellose Aneinanderreihung von Gesetzespannen in den letzten Wochen und Monaten zeigt: CDU und FDP werden nervös. Jetzt, wo sie auch in der öffentlichen Wahrnehmung zunehmend unter Druck kommen, häufen sich die Fehler. Nur einige Beispiele aus den letzten Wochen: Die Landesregierung hat aus Versehen die Rechtsgrundlage für die Erhebung von Langzeitstu-

diengebühren gestrichen. Der Innenminister verrechnet sich bei den Einsparungen durch die Änderung der Lebensarbeitszeit für Polizisten mal eben um ein paar Millionen Euro. Und die Justizministerin erklärt die Überwachung der Telefonanschlüsse von Journalisten einfach so für rechters.

Um die Landtagswahl zu gewinnen, wird es aber nicht reichen, die handwerklichen und politischen Fehler von Wulff & Co. zu kritisieren. Anders als das CDU und FDP in der Vergangenheit gemacht haben, wollen wir schon vor der Wahl klare, seriös durchfinanzierte Alternativen auf den Tisch legen. Mit unserem Programm »Zukunft der Bildung«, das in enger Abstimmung

zwischen Landtagsfraktion und Landespartei entwickelt worden ist, haben wir den ersten wichtigen Schritt getan. Nun kommt es darauf an, dass wir auch in anderen Politikfeldern nachziehen.

Ich persönlich gebe nicht allzu viel auf Umfragen, das habe ich nicht erst bei der letzten Bundestagswahl gelernt. Aber es ist mit Händen zu greifen: Die Stimmung in Niedersachsen hat sich erheblich zu unseren Gunsten verschoben. Das ist nicht nur ein ermutigendes Signal für die Landtagswahl. Das gibt auch einen zusätzlichen Motivationsschub für den anstehenden Kampf um die Kreis- und Rathäuser in Niedersachsen. ■

Impressum vorwärts!

SPD-Niedersachsen
Verantwortlich: Dr. Frank Wilhelmy
Redaktion: Lothar Pollähne
Odeonstraße 15/16
30159 Hannover
E-Mail: lopo.vorwaerts@t-online.de
Satz: anette.gilke@t-online.de

Aufwachen, Herr Busemann!

CDU verhindert Bildungsqualität in Niedersachsen

VON GARRELT DUIN, VORSITZENDER DER NIEDERSACHSEN-SPD

Kürzlich war der UN-Sonderberichterstatte Vernor Muñoz zu Gast in Deutschland, um sich über das deutsche Bildungssystem zu informieren. Seine Beurteilung sollte uns allen zu denken geben – sein vernichtendes Urteil: Mit der frühen Selektion verbauen wir vielen Kindern einen erfolgreichen Bildungsweg.

Muñoz ist allerdings mit dieser Einschätzung nicht alleine: Die zahlreichen internationalen Studien wie PISA und IGLU haben – ebenso wie das englische Wirtschaftsmagazin »The Economist« in einer aktuellen Studie – aufgezeigt: Das dreigliedrige Schulsystem schadet Deutschland und verhindert die beste Bildung für alle Kinder.

Die niedersächsische SPD ist daher mit ihrem Bildungskonzept auf einem richtigen Weg. Wir wollen das Bildungssystem erfolgreich weiterentwickeln und orientieren uns dabei an den PISA-Siegerländern.

Unser Ziel ist es, die Potenziale jedes einzelnen Kindes optimal zu fördern

und fördern. Mit der »Gemeinsamen Schule« hat die SPD in Niedersachsen ein Konzept vorgelegt, bei dem die Kinder bis zur Klasse 10 gemeinsam unterrichtet werden.

Die »Gemeinsame Schule« ermöglicht eine starke individuelle Förderung. Die Schwächen der Kinder werden so besser abgebaut, ihre Stärken werden intensiver

Argumente auf unserer Seite und setzen deswegen auf den uneingeschränkten Elternwillen.

Dem niedersächsischen Bildungsminister Busemann kann man nur empfehlen, die internationalen Bildungsstudien und zahlreichen Expertenmeinungen endlich zur Kenntnis zu nehmen und seine ideologischen Verbrämtheit fallen



Garrelt Duin: »Kinder optimal fordern und fördern.« Photo: lopo

ausgebaut. Am Ende erreichen wir damit eine höhere Qualität für alle.

Die »Gemeinsame Schule« soll nicht von oben verordnet werden. Wir sind überzeugt: Wir haben die

zu lassen. Nur mit einem längeren gemeinsamen Lernen werden wir erfolgreich sein. Mit der SPD erreichen wir mehr Bildungsqualität in Niedersachsen. ■

Mentoring-Projekt zum Dritten

Ein Erfolgsmodell geht in die dritte Runde: Das Mentoringprojekt der niedersächsischen SPD.

Ab Mai werden jeweils eine Mentorin oder ein Mentor – das können Abgeordnete, FunktionärInnen oder BürgermeisterInnen sein – jeweils eine/n Mentée ein halbes Jahr politisch begleiten. Dabei profitieren die Mentées von den Erfahrungen ihrer MentorInnen und die SPD gewinnt durch die Kompetenzen und das persönliche Wissen der Mentées.

Das Einführungsseminar findet am 19. und 20. Mai in Springe statt.

Wer Interesse an dieser etwas anderen Form der politischen Weiterbildung hat, kann sich bewerben beim jeweils zuständigen Unterbezirk oder Bezirk. Info:

Info@mentoring.spdnds.de

Termine für die Bildungsdebatte

30. März, 19.00 Uhr
»Gymnasiale Oberstufe und Berufliche Bildung«
Wolfenbüttel
Verantwortlich: C.-P. Poppe, K.-P. Bachmann, D. Tanke LV

26. April, 19.00 Uhr
»Lehramtsausbildung und Hochschule«
Oldenburg
Verantwortlich: W. Wulf, G. Andretta, S. Hartmann LV

Anfang Mai 17.00 – 19.00 Uhr
»Der Weg zur Gemeinsamen Schule«
Hannover
Verantwortlich: SPD-Fraktion

Aktuelle Infos unter www.spdnds.de

Braunschweiger Bildungsparteitag

Der Kleine Parteitag mit den Bildungsexperten Marianne Demmer (stv. GEW-Bundesvorsitzende) und Dr. Ernst Rösner (Universität Dortmund) setzt im SPD-Bezirk Braunschweig die Diskussion um die »Zukunft der Bildung« fort, die im Frühjahr 2005 mit der rheinland-pfälzischen Kultusministerin Doris Ahnen als Referentin begann.

Zu der Diskussion wird die SPD im Bezirk öffentlich einladen, um mit den beiden Referenten und weiteren Experten aus Schule, Eltern – und Schülerräten, Kindertagesstätten und der beruflichen Bildung über das Papier des SPD-Landesvorstandes in Niedersachsen zu beraten.

Der Parteitag findet statt im KongressSaal der Stadthalle Braunschweig, Leonhardplatz Freitag 21.04.2006, 17.30 – 19.30 Uhr

Für uns im Landtag

Rolf Meyer



Rolf Meyer

In der Landespolitik relativ frisch dabei, aber ein alter Fahrersmann in der Kommunalpolitik. Rolf Meyer vertritt den Landkreis Celle seit 2003 im Niedersächsischen Landtag. Dort ist er aktiv in der Landwirtschafts-, Verbraucherschutz- und Umweltpolitik. Themen, die ihm als echten Niedersachsen am Herzen liegen. Geboren 1951 in Liebenau (Landkreis Nienburg) ist er nach Bundeswehrzeit in der Pfalz und Studium der Geographie und Politikwissenschaft von 1972 bis 1977 an der TU Hannover in Nienhof gelandet, im äußersten Südosten des Landkreises Celle gelegen und zur Samtgemeinde Flotwedel gehörend.

Dort ist Rolf Meyer schon seit 1986 kommunalpolitisch aktiv. Erst als Ratscherr und 2. stellv. Bürgermeister der Gemeinde Langlingen. Seit 1991 dann Ratscherr der Samtgemeinde Flotwedel und Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion

und schließlich seit 1996 als Kreistagsabgeordneter im Landkreis Celle. Er engagiert sich besonders in der Schulpolitik und ist Vorsitzender im Schul- und Kulturausschuss. Nahe liegend, denn Rolf war bis zur Wahl in den Landtag als Lehrer tätig, zuletzt als Studiendirektor am Gymnasium in Uetze.

Mitglied ist Rolf Meyer seit 1970, war Vorsitzender seines Unterbezirks und ist noch heute eine der Stützen der SPD im Landkreis Celle.

Entspannung und Ruhe findet Rolf im Wald, wo er das Angenehme mit dem Nützlichen verbindet: Er schlägt Holz, denn er ist der Meinung, man sollte nicht nur über nachwachsende Rohstoffe reden, sondern sie auch nutzen. Auch deswegen wird sein Haus durch eine kombinierte Holz/Öl-Heizung gewärmt. Rolf ist verheiratet mit Luise, hat eine Tochter und zwei Söhne. Schäferhündin Eika vervollständigt die Familie.

In seiner Freizeit hilft Rolf im Dorfmuseum Langlingen. Das ist ein heimatkundliches Museum, wo die Besucher erleben können, wie unsere Großeltern gelebt und gearbeitet haben. Seine Karriere als Handballer hat er verletzungsbedingt vor einigen Jahren an den Nagel hängen müssen, drückt »seinen« alten Herren aber nun von der Außenlinie die Daumen. Mehr über Rolf Meyer erfährt man auch im Internet:

www.rolf-meyer-spd.de

Einberufung des außerordentlichen SPD-Landesparteitages »Zukunft der Bildung in Niedersachsen« für Samstag, 10. Juni 2006, Beginn 10.00 Uhr

Tagungsort: CongressPark Wolfsburg

Vorläufige Tagesordnung:

- Eröffnung und Begrüßung
- Grußworte
- Konstituierung des Parteitages
- Rede des SPD-Landesvorsitzenden Garrelt Duin
- Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Jüttner
- Aussprache
- Bericht der Mandatsprüfungskommission
- Antragsberatung
- Schlusswort

Garrelt Duin, MdB (Landesvorsitzender)
Petra Emmerich-Kopatsch, MdL (Stellv. Vorsitzende)
Swantje Hartmann (Stellv. Vorsitzende)
Hauke Jagau (Stellv. Vorsitzender)
Daniela Krause-Behrens (Stellv. Vorsitzende)
Dieter Möhrmann, MdL (Schatzmeister)
Frank Wilhelm (Landesgeschäftsführer)

Hardliner auf Schlingerkurs

Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann, Wulffs Mann fürs Grobe, gerät immer häufiger aus der Spur.

VON HEINER BARTLING

Zum Jahreswechsel ernannte sich Herr Schünemann, der bundesweit zu Recht den Ruf eines notorischen Datensammlers hat, zum obersten Datenschützer im nicht-staatlichen Bereich. Er selbst will jetzt darüber wachen, dass etwa bei den Rabattkarten großer Einzelhandelskonzerne, im Bereich des Internets oder bei der Weitergabe von Telefonnummern die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten werden. Selten zuvor wurde ein so hungriger Bock zum Gärtner gemacht.

Herr Schünemann hat sich mit der Demontage des Datenschutzes massive Kritik von Experten aus dem ganzen Bundesgebiet einge-



Heiner Bartling: Klarer Kurs für Recht und Gesetz.

handelt. Und den weit über Niedersachsen hinaus renommierten Landesdatenschutzbeauftragten hat er damit aus dem Amt getrieben. Schlimmer noch: Da die niedersächsische Neuregelung gegen EU-Vorgaben verstößt, droht der Landesregierung eine juristische Schlappe. Es wäre nicht seine erste: Die Schünemannschen Vorstellungen zur präventiven Telefonüberwachung hat bereits das Bundesverfassungsgericht kassiert.

Seit Monaten versucht Herr Schünemann der Öffentlichkeit weiszumachen, dass nur mit einem Einsatz der Bundeswehr die Sicherheit der Fußball-Weltmeisterschaft gewährleistet wer-

den könne. Zwar ist unbestritten, dass Deutschland bei der WM ein massives Abwehrproblem haben könnte – aber das können nur Jürgen Klinsmann und seine Jungs lösen. Soldaten vor Stadien helfen da wenig. Und sie können nach übereinstimmender Auffassung aller Experten auch den Schutz vor möglichen Terrorangriffen nicht verbessern. Das kann nur die Polizei.

Für die ist der Innenminister zwar zuständig. Das heißt aber leider nicht, dass er in diesem Bereich trittfest wäre. So ist der Innenminister für eine Gesetzespanne verantwortlich, die das Land in den nächsten Jahren Millionen kosten wird: Die Landesregierung hatte im Juli 2005 beschlossen, die Lebensarbeitszeit für Polizistinnen und Polizisten ab 2009 stufenweise von bislang 60 auf 62 Jahre anzuheben.

Nach massiven Protesten der Betroffenen beschlossen CDU und FDP, diese Regelung abzumildern. Polizeibeamte, die mindestens 25 Jahre im Wechselschichtdienst oder im kriminalpolizeilichen Ermittlungsbereich tätig waren, sollen demnach in Zukunft mit 61 Jahren in den Ruhestand gehen können. CDU und FDP strebten damit eine Ausnahmeregelung für bis zu 10 Prozent der Polizisten an. Tatsächlich aber werden

die Neuregelung 90 Prozent der Betroffenen in Anspruch nehmen können. Das könnte das Land in dieser Legislaturperiode rund 16 Millionen Euro mehr kosten als geplant. Herr Schünemann hätte sich diese peinliche und für den Steuerzahler teure Panne ersparen können, wenn er vorher jemanden gefragt hätte, der sich mit Polizeiarbeit auskennt.

Herr Schünemann hat es nicht so mit der Rechtsstaatlichkeit. Aber wenn es um andere geht, setzt er das Recht (oder das, was er dafür hält) gnadenlos um. So bei der Abschiebung von zum Teil seit Jahrzehnten bei uns lebenden, bestens integrierten Flüchtlingen. Beim Umgang mit so genannten Härtefällen – hier geht es um die Schicksale von wenigen Menschen, die sich nichts zu schulden haben kommen lassen und den Staat keinen Cent kosten – legt Herr Schünemann eine Härte an den Tag, für die sich wahrscheinlich selbst der bayerische Hartliner Günter Beckstein schämen würde. Selbst in den Kreisen der Regierungsfractionen wächst der Unmut über diesen Mangel an Menschlichkeit. Die Kirchen haben sich mehr als einmal mahnend zu Wort gemeldet. Und die Öffentlichkeit ist sensibilisiert. Bleibt zu hoffen, dass der Druck auf den Innenminister in dieser Frage weiter wächst und Erfolg hat.



Walter Marhenke aus Rüdershausen kann es nicht lassen. Auch beim 16. Aschermittwoch in Gieboldehausen ließ er es sich nicht nehmen, als sozialdemokratisches Urgestein seine obligatorischen »Eichsfelder Stracken« medienwirksam zu überreichen. Dieses Mal traf es den stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Joachim Poß, der extra aus Gelsenkirchen angereist war. Die schmackhafte und bekannte Wurst fand ihren Weg schon zu vielen prominenten Parteimitgliedern, allen voran zum ehemaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder, der sie in Berlin persönlich von Marhenke und unter dem Beifall des Publikums überreicht bekommen hatte. In Gieboldehausen hatte Marhenke auch noch weitere »Opfer«. Bundestagsabgeordneter Thomas Oppermann, sein Büroteam sowie der Rüdershäuser SPD-Vorsitzende Arnold Sommer konnten sich über die typische Eichsfelder Gabe sichtlich freuen. Günter Fraatz aus Hann. Münden überraschte es besonders: der stellvertretende Unterbezirksvorsitzende aus der Dreiflüßstadt erhielt die Auszeichnung, weil er neben dem Ehrengast den weitesten Anfahrtsweg hatte und den Unbilden des Winterwetters trotzte.

vorwärts: RÄTSEL

»Zänkereien unter uns selbst« sind ihm zuwider, Disziplin ist sein oberstes Gesetz. Was die Einheit der Partei gefährden könnte, ist für ihn von Übel. Schon aus diesem Grund tritt er 1899 in Hannover an das Parteitagspult und mahnt August Bebel zur Mäßigung. Der hatte in einer sechsstündigen Rede den Revisionisten Eduard Bernstein niedergemacht.

Bebel, dem er schon mal »Irrlichterei gepaart mit Rechthaberei« vorwirft, keilt zurück und schilt ihn einen Revisionisten, dem er gelegentlich nur Recht gebe »um des lieben Friedens willen«. Dabei sind beide zum Wohle der Partei verhandelt: Bebel als Agitator und er als Organisator der Partei, die sie gemeinsam aus widerstrebenden Teilen vereinigt hatten.

Bebel und er haben ein gemeinsames erbärmliches Schicksal, aus dem sie sich emporkämpfen: Beider Väter sterben früh, ihre Mütter müssen sich und viele Kinder mit Tagelöhnerarbeit durchbringen.

Geboren wird der Partei-Organisator am 19. April 1846 in der Nähe von Passau. Als er neun Jahre alt ist, kauft ihn ein Bauer, damit er schwere Arbeit gegen Kost und Logis entrichte.

Der gelernte Sattler findet früh zur organisierten Arbeiterbewegung. 1869 wird er in Augsburg Eisenacher. 1872 sorgt er mit Ede Bernstein in Berlin dafür, dass aus dem demokratischen Arbeiterverein der Sozialdemokratische Arbeiterverein wird.

Er arbeitet als Sattler und Dachdecker, und opfert den Rest der spärlichen Zeit der Partei. »Bezahlung für Parteiarbeit ist nicht« lautet sein kategorisches Diktum. Zermürbt von Kämpfen an vielen Fronten, stirbt der weithin vergessene »Große« am 10. April 1907 in Berlin. Wer wars? Zu gewinnen gibt eine Geschichte der SPD. ■ lopo

vorwärts
Odeonstraße 15/16
30159 Hannover

Gesucht – gefunden

Lange hat der Rätsel-Redakteur nichts von sich hören lassen. Das soll sich ändern. Von nun an werden Gewinner wieder im vorwärts genannt. Im Februar war Heinrich Heine gesucht, der offenbar in vielen sozialdemokratischen Bücherregalen zu finden ist, so viele Zuschriften gab es. Gewonnen hat die hörbare Harzreise Bodo Rauls aus Peine.

SPD-Newsletter

Der SPD-Landesverband informiert in seinem wöchentlich erscheinenden Newsletter alle Interessierten über aktuelle Themen, Termine und Linktipps rund um die niedersächsische SPD.

Wer in den Verteiler aufgenommen werden will, schickt einfach eine E-Mail an: pressends@spd.de und fügt in die Betreffzeile »Newsletter« ein. ■

Mut zur E-Mail

Informationen und Einladungen der Parteigliederungen können effektiv und schnell elektronisch verteilt werden. Voraussetzung: Alle interessierten Mitglieder teilen ihre jeweils aktuelle E-Mail-Adresse ihrem zuständigen Bezirk mit:

bezirk.braunschweig@spd.de
spd-bezirk-hannover@spd.de
bezirk@spd-nord-niedersachsen.de
bezirk.weser-ems@spd.de

vorwärts: kulturgut

Im Mai 1936 wurde in Hannover der Maschsee eingeweiht. Von den Nazis als Vorzeigeprojekt der Arbeitsbeschaffung dargestellt, war es Teil der städteplanerischen Überlegungen des Hannoverschen Stadtbaurates Karl Elkart. Der hat sich in Hannover mit roten Ziegelsteinbauten ein flächendeckendes Denkmal gesetzt. 1960, ein Jahr nach seinem Tod, ehrte die Stadt Hannover den honorigen Karl Elkart, indem sie eine Allee in der Südstadt nach ihm benannte.

Auf einem Photo aus dem Jahr 1944 ist Karl Elkart inmitten des Hannoverschen Ratskollegiums abgebildet, das mit lediglich drei Uniformierten die Existenz einer weitgehend zivilen Verwaltung nahelegt. Hannover ist nach Bombenangriffen bereits eine schwer gezeichnete Stadt. »Krisenmanager« in den Ruinenfeldern ist Karl Elkart als »Leiter der Sofortmaßnahmen«. Dessen Tätigkeit ist alles andere als zivilisiert, denn

Elkart »befiehlt« tausende von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern, die Trümmer beseitigen, die Kanalisation reparieren und Brunnen bauen müssen für den Endsieg.

Stadtbaurat Elkart, obwohl kein Nazi, war als Krisenmanager für das NS-Sys-

tem unverzichtbar und regimem stabilisierend. Er war nicht der Einzige. Der Historiker Rüdiger Fleiter hat in einer beispielhaften, gut lesbaren Studie dargelegt, wie die Hannoversche Stadtverwaltung die Verfolgungspolitik organisierte. Von der Umsetzung der Erb- und Rassegesetze durch städtische Amtsärzte über die »Arisierung« von Grund-

eigentum, Kunstgegenständen oder Bibliotheken bis zur Verfolgung der Sinti stellt Fleiter eine »normal« funktionierende Stadtverwaltung im Dienste eines totalen Staates dar. Die »honorigen Elkart« hat es in allen niedersächsischen Städten gegeben. Insofern ist Rüdiger Fleiters Buch »Stadtverwaltung im Dritten Reich« beispielhaft. Ver-

gleichbare Arbeiten sollten folgen und, wie in Hannover, mit kommunalen Mitteln gefördert werden.

Das sind Niedersachsens Städte den Verfolgten und Ermordeten schuldig.

■ lopo

Rüdiger Fleiter, *Stadtverwaltung im Dritten Reich, Hannoversche Buchhandlung Hannover, 2006, 385 S., 14,80 Euro.*

Solidarität mit Frauen weltweit

Die niedersächsische ASF hatte anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März Frau Prof. Dr. Christa Randzio-Plath, Vorsitzende des Marie-Schlei-Vereins eingeladen.

»Ziel des Vereins ist es, die Frauen in Entwicklungsländern beruflich zu qualifizieren und ihnen so Unabhängigkeit zu verschaffen« so Randzio-Plath. Der Beitrag des Vereins sei immer Hilfe zur Selbsthilfe.

Zum diesjährigen Internationalen Frauentag ruft der Verein zu Spenden auf für Frauen in Vietnam. 200

Frauen sollen in der Herstellung von Möbeln aus Rattan und Bambus, im Weben und in der Lebensmittelverarbeitung qualifiziert werden.

Infos unter: www.marie-schlei-verein.de

Anschließend überreichte die ASF-Landesvorsitzende Ulla Groskurt (r.) Ursula Thümler, Vorsitzende des niedersächsischen Landesfrauenrats die ASF-Löwin. Frau Thümler bekam die Auszeichnung für ihren Einsatz bei der Kampagne gegen Zwangsprostitution – Freier haben Ver-



antwortung. Ihr ist es gelungen, die Kampagne überregional bekannt zu machen. Informationen über die Landesarbeitsgemeinschaft der Frauen und die Kampagne gibt es hier: www.frauen-onlineniedersachsen.de,

dort auf das Banner »lag« klicken. Die ASF-Löwin wird in Zukunft jährlich zum 8. März verliehen, um auf Personen und Institutionen aufmerksam zu machen, die sich für die Rechte der Frauen einsetzen. ■